

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/215

Bonn, den 10. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
- 6	A U S G E G E B E N E M A N L A S S ...	253

SPERRVERTRAG UND GLEICHBERECHTIGUNG

VON WILLY BRANDT

* Am 31. Januar 1969 veröffentlichte der Sozialdemokratische *
* Pressedienst einen Artikel des damaligen Außenministers und *
* jetzigen Bundeskanzlers WILLY BRANDT zum Atomsperrvertrag. *
* Der Bundestag wird in dieser Woche aufgrund einer Großen *
* Anfrage der CDU/CSU dieses Problem diskutieren. Zahlreiche *
* Abonnenten haben uns gebeten, den Artikel Willy Brandts *
* noch einmal zu veröffentlichen, weil sie meinen, daß es für *
* das allgemeine Verständnis hilfreich sein könnte, die zu- *
* sammenfassende Argumentation in Erinnerung zu rufen. Wir *
* das auch und kommen dem Wunsch gern nach. *

7	N O R D R H E I N - W E S T F A L E N	42
---	---------------------------------------	----

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen

8	Aufstand mit Rabatt	46
---	---------------------	----

Bemerkungen zum Deutschlandtag der Jungen Union

Von Uwe Engelbrecht

* * *

*

A U S G E G E B E N E M A N L A S S . . .

- * Am 31. Januar 1969 veröffentlichte der Sozialdemokratische
 - * Pressedienst einen Artikel des damaligen Außenministers und
 - * jetzigen Bundeskanzlers WILLY BRANDT zum Atomsperrvertrag.
 - * Der Bundestag wird in dieser Woche aufgrund einer großen
 - * Anfrage der CDU/CSU dieses Problem diskutieren. Zahlreiche
 - * Abonnenten haben uns gebeten, den Artikel Willy Brandts
 - * noch einmal zu veröffentlichen, weil sie meinen, daß es
 - * für das allgemeine Verständnis hilfreich sein könnte, die
 - * zusammenfassende Argumentation in Erinnerung zu rufen. Wir
 - * meinen das auch und kommen dem Wunsch gern nach.
- Die Redaktion.

SPERRVERTRAG UND GLEICHBERECHTIGUNG

VON WILLY BRANDT

Der Atomwaffensperrvertrag ist bei uns in der Bundesrepublik Deutschland umstritten. Das ist nicht verwunderlich. Wenig hilfreich sind allerdings solche Argumente, die der internationalen Verhandlungslage nicht gerecht werden und eher dazu führen können, daß wir uns in eine schädliche Isolierung begeben. Ich will mich der Polemik enthalten und sachlich darlegen, welche Gegebenheiten wir zu berücksichtigen haben.

Zunächst ist zuzugeben, daß man über den Sinn eines solchen Vertrages in der Tat verschiedener Meinung sein kann. Man könnte sagen: Er sei gar nicht erforderlich, denn die Atomwaffenmächte sind sich auch ohne Vertrag darüber einig, solche Waffen oder die Verfügungsgewalt über sie keinesfalls an andere Staaten zu geben. Dieser Hinweis berücksichtigt aber nicht, daß der Vertrag ein Verbot der Herstellung solcher Waffen enthält.

Die Ausgangsposition

Dazu kommt, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits 1954, wenngleich einseitig und nur den Westmächten gegenüber, auf die Herstellung und Verwendung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet hat. Die anderen Länder hätten also, was einen derartigen Verzicht angeht, etwas nachzuholen. Die Bundesregierung hätte sich also auf den Standpunkt stellen können: Wir beteiligen uns nicht an der Ausarbeitung eines weltweiten Nichtverbreitungsvertrages, sondern warten ab, wie er ausfällt.

- * Die Regierung unter den Bundeskanzlern A d e n a u e r und
- * E r h a r d haben die Weichen anders gestellt: Sie haben, wie
- * die jetzige Regierung, unser Interesse betont, daß möglichst viele
- * Staaten sich Bindungen unterwerfen, denen sich die Bundesrepublik
- * Deutschland bei ihrem Eintritt in die Westeuropäische Union
- * unterwerfen mußte und ohne jeden Hintergedanken auch unterworfen
- * hat.

Die weltweite Nichtverbreitung von Atomwaffen soll dazu dienen, den Frieden sicherer zu machen, die Gefahr zu verringern, daß irgend-

...eine dieser Waffen durch Zufall, bösen Willen oder Fehlkalkulation
...indet wird und unberechenbare Gegenschläge auslöst. Ich glaube,
...die Entscheidung richtig gewesen ist, sich an der Ausgestaltung
...eines solchen Vertrages zu beteiligen.

Seit ich Bundesminister des Auswärtigen bin, gibt es drei Themen,
...mich während dieser ganzen Zeit von Woche zu Woche begleitet und
...meiste Zeit beansprucht haben:

Europa, Gewaltverzicht und Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Initiative ging von Irland aus

Die Initiative zu einer Resolution der Vereinten Nationen, die
...einen Sperrvertrag abzielte, ging 1961 von I r l a n d aus.
Es kann also insofern keine Rede davon sein, daß es sich um eine Ver-
...schwörung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gegen die Deut-
...schen handelt. Wir sollten uns auch insoweit nicht überschätzen. Das
...Wort vom "Super-Versailles", das vor zwei Jahren in der deutschen
...Diskussion auftauchte, wurde weder der Sache noch der Lage Deutschlands
...gerecht. Wir sind wichtig, aber der Nabel der Welt sind wir nicht.
...Und wenn die Mehrheit der Staatengemeinschaft mittlerweile für den
...Sperrvertrag ist, so ganz gewiß nicht wegen anti-deutscher Gefühle.

Ob ein solcher Vertrag zustandekommen würde, hing naturgemäß da-
...von ab, ob sich die beiden Supermächte, die allein über Superwaffen
...verfügen, auf bestimmte Formeln einigen konnten. Dabei hat die ameri-
...kanische Regierung nicht immer den Eindruck vermeiden können, als sei
...eine Einigung mit der Sowjetunion wichtiger als das volle Ein-
...vernehmen mit ihren Verbündeten. Aber der Wahrheit halber muß auch
...gesagt werden, daß die Amerikaner, im Zusammenhang mit diesem Vertrag,
...mit keinem Land so intensive Konsultationen geführt haben wie mit uns.

Bundesrepublik konnte den Vertrag verbessern

Dies war auch nötig, denn der Vertragsentwurf war sehr verbesse-
...rungsfähig. Es gibt bedeutende Verbesserungen, die auf unsere Anre-
...gungen und unsere Einwirkung zurückgehen. Ohne Überheblichkeit kann
...gesagt werden:

- * Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag verbessert. Die
- * Frage ist nun, wenn man in die Phase einer zusammenfassenden
- * Würdigung eintritt: Ist er so schlecht geblieben, daß wir ihn
- * dennoch nicht unterzeichnen können? Ich warne vor einem vor-
- * eiligen, gefühlsbetonten oder gar innenpolitisch motivierten
- * Nein.

Im Namen der Bundesregierung habe ich am 27. April 1967 vor dem
...Deutschen Bundestag vier Kriterien aufgestellt, nach denen wir uns
...zu entscheiden haben würden:

- * 1. Die ungehinderte Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken.
- * 2. Eine deutliche Verbindung zur allgemeinen Abrüstung.
- * 3. Gewährleistung der Sicherheit.
- * 4. Keine Beeinträchtigung regionaler - in unserem Fall europäischer - Einigungsbestrebungen.

Dies ist der Maßstab, der auch bei der bevorstehenden zusammenschließenden Würdigung zugrunde zu legen ist. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Rainer Barzel, die vier erwähnten Punkte aus seiner Sicht kürzlich erneut unterstrichen hat.

Friedliche Nutzung der Kernenergie

Was die friedliche Nutzung der Kernenergie angeht, so darf es keine Behinderung Deutschlands geben. Alles, was sich allein gegen die Bundesrepublik Deutschland richten würde, müßten wir als diskriminierend zurückweisen. Diese Gefahr besteht jedoch nicht.

- * Der Vertrag bedeutet im Gegenteil die Gleichstellung der Bundesrepublik Deutschland mit allen anderen Nichtkernwaffenstaaten.
- * Wir haben uns in diesem Punkt durchgesetzt. Falls eine Diskriminierung versucht würde, fänden wir uns Seite an Seite mit den anderen friedlichen Nuklear-Staaten, die in diesem Punkt dieselben Interessen haben wie wir.

Allgemeine Abrüstung

Die Verbindung zur allgemeinen Abrüstung ist jetzt im Vertragstext geregelt. Sie wurde nicht zuletzt durch unsere Vorschläge auf der Konferenz der Nichtnuklear-Staaten in Genf im Frühherbst vergangenen Jahres soweit verstärkt, wie das zurzeit erreichbar erscheint. Gemeinsam mit anderen haben wir eine sehr deutliche Verbindung zwischen Vertrag und allgemeiner Abrüstung hergestellt. Gemeinsam mit anderen Nationen werden wir hier weiter nachstoßen. Der Vertrag - unvollkommen wie er sein mag - ist heute der praktische Hebel für das Bemühen um nukleare Abrüstung geworden. Entsprechende Kontakte zwischen den beiden Inhabern strategischer und interkontinentaler Atomwaffen haben stattgefunden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie darüber in Verhandlungen eintreten werden. Die Unterzeichner des Vertrages können nach fünf Jahren die Abrüstungsverpflichtung der Atommächte überprüfen und Konsequenzen daraus ziehen. Das Scheitern dieses Vertrages würde bedeuten, daß man einen Hebel zur nuklearen Abrüstung der Supermächte aus der Hand gibt.

Unsere Sicherheit

Die Frage unserer Sicherheit spielt eine besondere Rolle. Ich glaube keinen wesentlichen Widerspruch zu finden, wenn ich feststelle, daß die Bundesrepublik Deutschland Sicherheit heute nur durch die Ver-

einigten Staaten und unser Bündnis bekommen kann. Die amerikanische Regierung hat völlig klargelegt, daß es den Bündnisfall darstellen würde, wenn unsere Grenzen überschritten würden, gleichgültig mit welcher Begründung oder unter welchem Vorwand.

- * Es gibt keine Einschränkung unserer Verteidigungsplanung durch
- * den Nichtverbreitungsvertrag. Die Präsenz der Amerikaner, einschließlich ihrer Kernwaffen in Europa, ist nicht betroffen.
- * Der Vertrag bezieht sich auch nicht auf Kernwaffenträger. Er
- * erfordert keine Änderungen in der heutigen Bewaffnung der Bundeswehr.

Nun könnte man fragen, was werden würde, wenn es die NATO nicht gäbe. Zunächst ist dazu zu sagen, daß nichts auf ein rasches Ende der NATO hindeutet, sondern daß sie gewisse Schwächezeichen überwunden hat. Zum anderen liegt auf der Hand, daß wir in dem theoretisch einzubehandelnden entgegengesetzten Fall unsere volle Handlungsfreiheit in Sicherheitsfragen zurückerlangen würden. Mir scheint sicher zu sein, daß die Interessenidentität zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten dafür, daß wir ein Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft bleiben, für nicht übersehbare Zeit vorhanden ist und bleiben wird.

Interventionsrecht?

Verständliche Zweifel sind aufgetaucht, nachdem die Sowjetunion in den letzten beiden Jahren verschiedentlich auf die Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen verwiesen hat, als ob daraus ein Interventionsrecht abgeleitet werden könnte. Demgegenüber muß festgehalten werden: Diese Artikel geben **kei n** Recht zur Intervention. Sie bedeuten allerdings, daß Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten ohne die Anhörung des Sicherheitsrates vollzogen werden können. Diese Artikel sind überständig. Praktische Bedeutung haben sie nicht. Darin sind wir uns mit unseren Verbündeten einig. Das ist die Hauptsache; denn sie haben es der Sowjetunion gegenüber ganz klar gestellt.

Es wäre töricht oder Ausfluß eines weltfremden juristischen Denkens, wenn man meinte, Gewaltpolitik sei in unserer Zeit vornehmlich von vermeintlichen Rechtstiteln abhängig. Man sollte aus bitterer Erfahrung wissen, daß es so nicht ist. Trotzdem muß die Bundesrepublik Wert darauf legen, daß in dieser Frage auch im Verhältnis zur Sowjetunion nichts unausgesprochen bleibt, sondern daß jede mögliche Klärung herbeigeführt wird.

Ich nehme diesen Komplex also nicht auf die leichte Schulter. Nur bin ich der Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland als Staat das gleiche Interesse wie alle anderen Partner daran haben sollte, auch in den Geruß der **p o s i t i v e n** Bestimmungen des Vertrages zu kommen. Mit anderen Worten:

- * Die Versicherungen der beteiligten Nuklear-Mächte, daß sie
- * gegen keinen der nichtnuklearen Staaten Druck, Drohung oder
- * Erpressung ausüben werden und die dies weiterverfestigende
- * Sicherheitsresolution der Vollversammlung der Vereinten Na-
- * tionen Nr. 255 muß uneingeschränkt und nichtdiskriminierend
- * auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten.

Daß in der Welt, auch in Europa, noch einiges zu tun bleibt, um diesem Prinzip voll zur Geltung zu verhelfen, brauche ich niemandem zu erklären. Worum es in diesem Zusammenhang geht, ist dies: Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht diskriminiert werden. Auch insofern muß der Vertrag, wenn er für uns gelten soll, ein Ausdruck unserer Gleichberechtigung sein.

Europa

Die europäischen Einigungsbestrebungen dürfen durch den Vertrag nicht beeinträchtigt werden. Damit sind natürlich nicht die gegenwärtigen Schwierigkeiten der europäischen Einigung gemeint, denn die können die Europäer nur selbst überwinden. Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atommacht werden, wenn sie das wollen; denn nur mit Frankreich und England - mindestens einem von beiden - wird es ein vereinigtes Europa geben und nur diese beiden Länder brächten die Rechte einer Atommacht ein.

Die Frage, ob es auf dem Wege hin zu den Vereinigten Staaten von Europa schon eine europäische gemeinsame Nuklearwaffe geben kann, ist nach dem Vertrag mit einem Nein zu beantworten; nach der politischen Wirklichkeit, in der wir leben, allerdings auch. Denn keine Nuklearmacht hat bisher die Verfügung über diese Waffe an andere übergeben. Die Übertragung dieses heute äußersten Zeichens der Souveränität kann politisch nur beim wirklichen Übergang zu einem europäischen Bundesstaat erfolgen und nicht an seinem Anfang und auch nicht auf seinem Wege.

Schon 89 Unterschriften

Der Vertrag, wie er jetzt zur Unterschrift aufliegt, ist ein mühsam erzielter Kompromiß zwischen Kernwaffenmächten, Nichtkernwaffenmächten, sich konfrontierenden Allianzen, ungebundenen Ländern, Entwicklungsländern und hochindustrialisierten Staaten. Da er ein Kompromiß ist, hat er viele Wünsche und Erwartungen offengelassen. Immerhin liegen bisher schon 89 Unterschriften vor. Weitere werden folgen. Man kann nicht sagen, daß die Verantwortlichen in diesen Ländern dümmere sind als wir.

Damit will ich sagen: Wir sollen nicht meinen, andere dächten nicht auch an ihre Interessen. Dies gilt auch für Schwellenmächte, wie Kanada und Schweden, Italien (das gerade unterzeichnet hat) und Japan (das vermutlich im Zusammenhang mit der amerikanischen Ratifizierung unterzeichnen wird). Die Meinung, daß Präsident Nixon den Vertrag zu den Akten legen würde, hat sich als irrig erwiesen.

EURATOM und Wien

Wie ist die Landschaft, die uns umgibt? Die meisten unserer NATO-Verbündeten haben den Vertrag unterzeichnet. Die Ausnahme Frankreich ist bekannt, sollte aber niemanden zu Fehleinschätzungen veranlassen. Alle Eingeweihten wissen, wie sehr mir daran liegt, daß das deutsch-französische Verhältnis nicht Schaden leidet. Ich weiß aber auch, wie sehr der französische Nachbar uns dazu geraten hat - auch in Verbindung mit einer sogenannten "europäischen Option" - nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als strebten wir doch nach Atomwaffen. Konkret und auf die friedliche Nutzung bezogen:

- * Wenn die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Gemeinschaft
- * stärken will, dann wird sie zusammen mit ihren anderen Partnern
- * von EURATOM handeln müssen, dem gegenüber Frankreich als Kern-
- * waffenstaat eine Sonderrolle spielte und spielt. Man wird jeden-
- * falls EURATOM nur retten, auch als Verhandlungspartner für die
- * Internationale Atomenergiebehörde in Wien, wenn die Partner in
- * ihrer Haltung zum Sperrvertrag nicht weiter auseinandergleiten.
- * Anderenfalls werden nämlich die einzelnen Mitglieder nationale
- * Kontrollabkommen mit der Wiener Behörde schließen.

Italien hat im übrigen bei seiner Unterschrift deutlich gemacht, daß es erst ratifizieren wird, wenn das Abkommen zwischen Wien und Brüssel perfekt sein wird. Über dieses auch für uns wichtiges Sonderproblem hinaus hat Außenminister Nenni gesagt, die Unterzeichnung mache Italien "moralisch und politisch stärker".

Um auch dies noch klarzustellen: Die Belieferung mit spaltbarem Material ist durch den Vertrag gesichert. Unabhängig davon, ob es gelingen würde, sie auch zu sichern, wenn wir dem Vertrag nicht beitreten, könnte dann auch aus anderen Gründen eine schwerwiegende Beeinträchtigung unserer Atomwirtschaft befürchtet werden. Potentielle Kunden könnten uns leicht mit Mißtrauen betrachten und unsere Reaktoren vielleicht nur dann kaufen, wenn wir uns doch den internationalen Kontrollsystem der Wiener Behörde unterwerfen.

Den Frieden sicher machen!

Ein Kompromiß, wie ihn ein solcher Vertrag darstellt, kann keine Begeisterung wecken. Diejenigen, die bei uns nur Gegen Gründe zusammentragen, sollten sich aber auch mit der Frage beschäftigen, welche Folgen ein Nein haben würde. Ich will sie hier im einzelnen nicht aufzählen. Die Nachteile, die eine negative Haltung für die Bundesrepublik haben würden, dürfen nicht übersehen und müssen in die zusammenfassende Würdigung voll einbezogen werden.

Meiner Meinung nach ist es nicht so, daß uns ein Druck von außen zwingen könnte, zu unterschreiben. Wir sind in unserer Entscheidung frei. Aber wir müssen dabei unsere Interessen abwägen.

- * Der Spruch "Viel Feind, viel Ehr!" war noch nie ein guter Rat. Wir
- * werden zu bedenken haben, daß unsere Glaubwürdigkeit in Ost und
- * West, in Nord und Süd auch daran gemessen wird, ob unsere Argumen-
- * te stichhaltig sind und glaubwürdig bleiben.

Schließlich sollte man dies nicht vergessen: Der Vertrag - und ich sage noch einmal: Trotz aller Mängel, die ihm anhaften - bringt den Verzicht auf nukleare Waffenoption aller Staaten außer den fünf, die sie haben. Er bringt also insofern die große Mehrzahl der Staatenfamilie dorthin, wo wir bereits stehen. Insofern bringt er uns eine Art von Gleichberechtigung, die wir bis heute vermissen. Insofern widerspricht er nicht unserem Interesse. Das weitere Interesse teilen wir mit vielen anderen: Daß hier doch dem Abbau von Spannungen gedient wird. Denn dies wünschen wir wie jedes andere Land, das den Frieden sicherer machen will.

N O R D R H E I N - W E S T F A L E N

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen

sp - Die Sozialdemokraten haben bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ihren Rang als stärkste Partei behaupten können, obwohl sie in einigen Großstädten gewisse Verluste hinnehmen mußten, die jedoch aufgewogen wurden durch Gewinne in den katholischen Landgebieten. Die zum Sturm auf die "Roten Rathäuser" angetretene CDU vermochte zwar im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1964 einige Gewinne zu erzielen (im Landesdurchschnitt etwa über zwei Prozent), doch sind ihr nennenswerte Einbrüche in den sozialdemokratischen Hochburgen, von winzigen Ausnahmen abgesehen, nicht gelungen.

Niemand von der SPD hatte erwartet, das spektakuläre Ergebnis der Kommunalwahlen von 1964, das damals im Durchschnitt zehnpromentliche Stimmengewinne für diese Partei brachte, werde sich noch steigern lassen. Der Verlust von 0,76 Prozent (1964 erhielt die SPD 46,87 Prozent) entbehrt des Sensationellen, er hält sich im Rahmen des Erträglichen.

Eine Sensation haben diese Kommunalwahlen freilich aufzuweisen. Die Wahlbeteiligung war mit 68,55 Prozent die geringst in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren, was wohl auf die vor sechs Wochen stattgefundenen Bundestagswahlen zurückzuführen ist. Es zeigt sich, daß es nicht gut ist, Wahlen dicht aufeinander folgen zu lassen. Viele sind wahlmüde geworden, sie blieben der Urne fern. Eine geringere Wahlbeteiligung geht, das ist die Erfahrung, die die Sozialdemokraten machen mußten, zum Unterschied von Wahlen in den 50er Jahren, nunmehr auf Kosten ihrer Partei. Der Wahlkampf kam nicht auf volle Touren, er spielte sich nur im Stillen ab und auch die unvermeidlichen Plakate trugten nicht gerade von Einfallsreichtum.

Unzweifelhaft gibt es in einer Reihe von Großstädten für die SPD gewisse Verschleißerscheinungen, herrschte die Mentalität vor, "uns kann ja nichts passieren, wir verfügen über feste Mehrheiten". Diese Selbstsicherheit war nicht gerade geeignet, neue Energie auszulösen und die Zögernden zur Stimmabgabe zu bewegen. Gewiß wird dies für die SPD Anlaß zur kritisch-heilsamen Überprüfung sein.

Die FDP hat zwar auch einige Einbußen hinnehmen müssen, doch gelangen ihr auch in einigen Städten bemerkenswerte Erfolge. Das großsprecherisch verkündete Ziel der CDU, diese Partei aus allen Gemeindeparlamenten hinauszukatapultieren, wurde nicht erreicht. Beide Parteien, die SPD und die FDP, verfügen im bevölkerungsreichsten Land über eine solide, nicht zu erschütternde Mehrheit, ein politisches Faktum, das für sich selbst spricht und manche von der CDU genährte Hoffnungen zu nichts macht. Daß die Extremisten von links und rechts nicht zum Zuge kamen - Bottrop mit seinen zwei kommunistischen Stadtverordneten ist ein Sonderfall - gehört mit zu den erfreulichen Begleiterscheinungen dieser Wahlen.

+ + +

Aufstand mit Rabatt

Bemerkungen zum Deutschlandtag der Jungen Union

Von Uwe Engelbrecht

Der "Aufstand" der Jungen Union gegen das Parteiestablishment der CDU/CSU fand auf ihrem Deutschlandtag vom Wochenende nur mit Rabatt statt. Die erste Angriffswelle einiger besonders reformerisch-gesonnener Landesverbände blieb in liebenswürdigen Redegeplätscher des Ex-Kanzlers und Parteivorsitzenden Kiesinger stecken. Kiesinger war anpassungsfähig genug, sich die Forderungen nach Erneuerung an Haupt und Glieder der Partei flugs zu eigen zu machen und lieber selbst einen Hauch von Selbstkritik zu üben, bevor die Jungtürken sich seiner Unzulänglichkeiten und Fehler annahmen. Der Anblick eines leibhaftigen Parteivorsitzenden wirkte auch auf die gereiztesten Progressiven dämpfend und beschwichtigend; ihr Jubelbedürfnis gewann bei Kiesingers Auftritt in Hamm wieder einmal die Oberhand.

Aber es muß ja nicht immer gleich der Aufstand sein. Ganz falsch wäre es, zu übersehen, daß die Mehrheit der Delegierten in Hamm das bisherige parteifrome Gebaren einer eher auf Karriere denn auf Dynamik versessenen Verbandsführung satt hat. Der langjährige JU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Egon Klepsch bekam dies vor seiner Verabschiedung ebenso schmerzlich zu spüren wie der Vorsitzende des starken westfälischen CDU-Landesverbandes, Josef Hermann Dufhues, und besonders heftige Allergien weckte der Name des Parteigeneralsekretärs Dr. Heck.

Ein ausgeprägter Reformwille war bei den 180 Delegierten, die 117.000 Mitglieder vertreten, durchaus vorhanden. Skeptisch stimmt vorerst der Umstand, daß man die "Reform an sich" will, die Parteiarbeit soll effektiver werden, aber in welche Richtung die Reise gehen soll, ist nicht klar zu erkennen. Die Parteijugend will die Herren Katzer, Kohl und Stoltenberg im Parteipräsidium sehen. Was ist der gemeinsame politische Nenner dieser Drei? Das "fast völlige Zurücktreten sachprogrammatischer Aussagen" im Wahlkampf der Union wird kritisiert. Die "sachprogrammatischen Aussagen" dieses Kongresses hielten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Allgemeinen. Kiesingers Ausführungen zur Deutschland- und Ostpolitik fanden den vollen Beifall der Delegierten. Ein Arbeitspapier mit nuancierteren Thesen wurde vom Deutschlandtag aus Zeitmangel nicht behandelt. Dem neuen Vorsitzenden Echternach, dessen Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis der Dr. Heck Beachtung verdient, wurde je ein progressiver und ein ultrakonservativer Stellvertreter beigegeben. Die vielzitierte "Bandbreite" der Union findet sich also auch hier. Noch ist ganz und gar nicht ausgemacht, ob sich daraus neue Konturen für die Junge Union wie für die Partei entwickeln werden.